

Schriftliche Anfrage betreffend effiziente Jugendarbeit gegen Extremismus

24.5115.01

Jugendliche sind im digitalen Raum zunehmend gewalttätigen Inhalten, radikalen Botschaften und gezielten Ansprachen ausgesetzt. Die Funktionsweise von Algorithmen in sozialen Netzwerken begünstigt eine rasche Zunahme von Radikalisierungsprozessen. Wo die Radikalisierung münden kann, zeigt der schreckliche Mordversuch an einen jüdischen Mitbürger in Zürich vor zwei Wochen. Gemäss aktuellem Wissensstand radikalisierte sich der genannte Jugendliche nicht im Elternhaus, Freundeskreis oder in der Schule – sondern im Internet. Die Schulleitung hatte Alarm geschlagen, doch offenbar griffen die Massnahmen nicht oder zu spät.

Vor diesem Hintergrund ersuche ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Bei der Polizei Basel-Stadt gibt es eine Anlaufstelle für Radikalisierung. Haben die gemeldeten Fälle in den letzten Jahren zugenommen? Wenn ja, wie stark? Welche Massnahmen wurden ergriffen und wie wurde deren Wirkung überprüft?
2. Konflikte können im Schulalltag ihren Anfang nehmen. Ist die Schule ausschliesslich auf Meldungen von Lehrpersonen angewiesen oder können Anzeichen einer beginnenden Radikalisierung auch durch ein entsprechendes Monitoring entdeckt werden? Wenn nicht, warum nicht?
3. Präventive Massnahmen können unter anderem durch die Jugendarbeit umgesetzt werden. Die Jugendarbeit Basel (JuAr) verfügt zurzeit über begrenzte Mittel, um Digitale Jugendarbeit zu betreiben. Sie lassen aktuell eine 10%-Stelle über die CMS-Stiftung bis Ende Jahr finanzieren und haben dadurch einen Beauftragten für Digitale Jugendarbeit und Social Media. Darin eingeschlossen ist unter anderem das notwendige «*Trend-Researching*» zur Früherkennung von aufkommenden Trends auf Social Media. Die Fachpersonen der Offenen Jugendarbeit kennen am besten die lebensweltlichen Bedingungen von Jugendlichen – auch im digitalen Bereich. Ist der Regierungsrat angesichts der aktuellen Situation daran interessiert, dieses Angebot zu finanzieren? Besteht Bedarf, das Angebot zu erweitern und flächendeckend einzuführen?
4. Die Jugendbefragung des Kantons Basel-Stadt von 2022 bestätigt auch: Die häufigste Freizeitaktivität von Basler Jugendlichen geschieht online. Wie kann sichergestellt werden, dass gefährdete Jugendliche rechtzeitig auch in der digitalen Welt erreicht werden können?
5. Wie erfolgt die polizeiliche Zusammenarbeit mit anderen Kantonen und wie wird sichergestellt, dass gefährdete Jugendliche bei einem interkantonalen Umzug dem neuen Wohnortskanton gemeldet werden?

Bülent Pekerman